

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 259

August 2019

Uster steigt um Ja zur neuen Abstellplatzverordnung



Ein Präsident geht auf dem Höhepunkt

Elf Jahre lang hat Matthias Stammbach die SP Uster präsidiert. In dieser langen Zeit hat Matthias Stammbach die Partei kompetent und tatkräftig geführt und manchen Erfolg feiern können. Der letzte war der grösste: Unter seiner



Leitung hat die SP 2018 ihre drei Sitze im Stadtrat erneuert und bekleidet nun mit der Stadtpräsidentin, der Primarschulpräsidentin und dem Vorsteher der Abteilung Bau drei zentrale Ressorts; im Gemeinderat wurde sie zur stärksten Partei. Mit unermüdlichem

Einsatz hat der Präsident dafür gearbeitet, hat die Mitglieder zu Standaktionen motiviert und oft genug selber in Usters Strassen Flyer verteilt oder Unterschriften gesammelt.

Nicht nur strategisch hat Matthias Stammbach die Partei geprägt. In enger Zusammenarbeit mit der Gemeinderats-Fraktion übernahm er auch inhaltlich die Themenführerschaft in wichtigen Bereichen und schlug Pflöcke ein. Dass das Volk 2015 eine Privatisierung des Spitals ablehnte, ist ein Beispiel dafür, der Erfolg der Veloinitiative ein anderes.

Der scheidende Präsident musste auch Niederlagen erleben und Krisen bewältigen. Ausgerechnet nach dem Wahlerfolg 2018 führten die Nachwehen eines Konflikts im früheren Stadtrat zum Austritt prominenter Parteimitglieder. Und den Wechsel zweier Parlamentsmitglieder zu einer anderen Partei konnte Stammbach nicht nachvollziehen. Zugleich sind neue Personen zu unserer Stadtpartei gestossen, und die lokalpolitische Bilanz nach elf Jahren ist klar positiv.

Matthias Stammbach tritt auf einem Höhepunkt zurück. Sein Weggang ist auch deshalb verständlich, weil er als Ehemann der neuen Stadtpräsidentin in einen Rollenkonflikt geraten wäre. Jetzt hat er mehr Zeit und will sie – neben dem Beruf als Staatsanwalt, der zeitlich und inhaltlich aufwändig ist – unter anderem nutzen, um daheim häufiger zu kochen. Die Politik will er aber nicht ganz lassen und zum Beispiel das Dossier «Spitalfusion» betreuen.

Lieber Matthias, wir danken dir ganz herzlich für deinen grossen Einsatz für Uster! Du hinterlässt grosse Fussstapfen und eine gut aufgestellte und erfolgreiche Partei. Für das «Leben danach» wünschen wir dir alles Gute sowie viel Musse für neue Herausforderungen.

Für den SP-Vorstand: Regula Trüeb

Aus dem Gemeinderat

Wie steht es um Usters Finanzen?

Vor den Sommerferien hat der Gemeinderat die Rechnung 2018 der Stadt Uster mit einem Ertragsüberschuss von 8 Millionen Franken genehmigt. Am gleichen Abend informierte Finanzvorsteher Cla Famos (FDP), dass aufgrund des prognostizierten Rechnungsabschlusses 2019 mit einem Defizit von 8 Millionen Franken ein Personalstopp verhängt wurde. Ein Widerspruch? Wie steht es wirklich um Usters Finanzen?

Die Finanzen der letzten vier Jahren scheinen auf den ersten Blick ausgeglichen. Wenn man etwas tiefer reinschaut, wird man aber stutzig: Jahr für Jahr führten nur ausserordentliche einmalige Erträge in Millionenhöhe zu am Ende ausgeglichenen Rechnungen. Ohne diese Erträge wären diese jeweils tiefrot gewesen und der bürgerliche Stadtrat 2014-2018 hätte reagieren müssen. Dies tat er aber nicht, weil er den Steuerfuss über alles stellte. Dafür nahm er eine zunehmende Verschuldung in Kauf: Diese stieg innert vier Jahren von 90 auf 115 Millionen Franken. Mit anderen Worten: Der «alte» Stadtrat betrieb keine nachhaltige Finanzpolitik, verschuldete sich lieber auf Kosten der künftigen Generation. Das heisse Eisen Steuerfuss packte er nicht an, daran soll sich doch lieber der «neue» rot-grüne Stadtrat 2018-2022 die Finger verbrennen.



Wenn in der Zukunft das Glück der Stadt Uster keine zusätzliche Millionen als ausserordentliche Einnahmen mehr in die Kasse spült, kippt die Erfolgsrechnung ins Negative. Und dann beginnt die Diskussion, ob wir wirklich genügend Mittel einsetzen für unsere Stadt. Eine Herausforderung dürfte dabei auch die Investitionsrechnung, resp. deren Finanzierung, werden. Auch in den kommenden Jahren muss in die Infrastruktur und in

die Angebote einer Stadt mit hoher Wohn- und Lebensqualität investiert werden.

Die Bevölkerung von Uster wächst. In Uster wohnt man gerne, wie das neuste Ranking der Zeitschrift «Bilanz» (9. Platz) zeigt. Von Nichts kommt nichts: Damit Uster weiterhin eine hohe Wohn- und Lebensqualität für alle aufweist, braucht es deshalb Investitionen. Und diese Investitionen müssen finanziert werden.

Somit stellt sich die Frage: Was ist uns unsere Wohnstadt wert, und sind wir bereit, für eine kulturelle Vielfalt, für die Bildung, den Sport und die Infrastruktur zusätzliches Geld in die Finger zu nehmen? Oder wollen wir unter allen Umständen den Steuerfuss tief halten? Ein heisser finanzpolitischer Herbst steht vor der Tür.

Markus Wanner,
Präsident SP-Gemeinderatsfraktion

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei Uster

Anschrift: SP Uster, Postfach, 8610 Uster 1

Auflage: 18 000 Exemplare

Erscheinungsweise: mindestens zweimal im Jahr

Redaktion: Stefan Feldmann, Layout: Ewald Feldmann

Druck: Ropress Zürich

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Eidg. Wahlen vom 20. Oktober: Leitartikel von Priska Seiler-Graf, Co-Präsidentin SP Kanton Zürich

Eine weitere verlorene Legislatur verhindern

Die Schweiz hat in den letzten vier Jahren eine verlorene Legislatur erlebt. Die Mehrheit von FDP und SVP im Nationalrat hat mit ihrer Macht in vielen Bereichen nötige Fortschritte verhindert, teilweise gar die Uhr zurückgedreht. Angesichts der Herausforderungen der Zukunft ist es deshalb wichtig, eine erneute rechtsbürgerliche Mehrheit in Bern zu verhindern. Es darf keine zweite verlorene Legislatur mehr geben.

Von Priska Seiler Graf, Nationalrätin,
Co-Präsidentin SP Kanton Zürich, Kloten

Die rechtsbürgerliche Mehrheit hat in der vergangenen Legislatur auch in der Schweiz begonnen, auf die Macht des Stärkeren zu setzen. Leider mit Erfolg. Die Schweiz stellt sich damit in eine Reihe von Ländern, in denen eine rücksichtslose Rechtspolitik im Interesse einiger Wenigen betrieben wird. So will zum Beispiel die aktuelle Mehrheit im Nationalrat Kriegsmaterial in Konfliktgebiete exportieren und gleichzeitig bei der Entwicklungszusammenarbeit sparen. Auch innenpolitisch ist der Abbau des Sozialstaats und des Service Public Programm. FDP und SVP sabotieren beim CO₂-Gesetz eine wirksame Energiewende und widersetzen sich der Gleichstellung von Mann und Frau.

Vergleichbare Entwicklungen zeigen sich leider auch weltweit: Die wenigen werden auf Kosten der Vielen noch reicher. Menschenrechte und rechtsstaatliche Errungenschaften werden verletzt. Aber diese rücksichtslose Macht des Stärkeren gefährdet unsere Zukunft, sogar die Zukunft unseres Planeten. Wenn sich Klima, Sicherheit und Lebensbedingungen weltweit verschlechtern, ist es kein Wunder, dass zahllose Menschen zur Flucht gezwungen werden. Was wir brauchen, sind mehr Zusammenarbeit, multilaterale Lösungen und einen starken Rechtsstaat.

Gleichheit, Mitbestimmung, Solidarität

Die SP kämpft seit ihrer Gründung für eine Politik für alle statt für wenige. Sie vertritt eine Politik, die sich für die Interessen aller einsetzt und Demokratie und Rechtsstaat stärkt. Die Anliegen von Gleichheit, Mitbestimmung und Solidarität sind die Anliegen von Vielen. So haben sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger seit dem Rechtsrutsch 2015 immer wieder gegen die rechtsbürgerliche Politik gewehrt. Sie haben der



SP-Co-Präsidentin Priska Seiler Graf: «Eine Politik, die auf die Macht des Stärkeren setzt, gefährdet unsere Zukunft.»

Energiestrategie 2050 zugestimmt, die den Umstieg auf erneuerbare Energien umsetzt. Sie haben die skandalöse Unternehmenssteuerreform III an den Empfänger zurückgeschickt. Und sie haben die No-Billag-Initiative, diesen Angriff auf den Service public im Medienbereich, abgelehnt. Gleichzeitig haben zahlreiche Menschen in unserem Land Angst vor Arbeitslosigkeit und Lohndruck sowie vor dem Abbau von öffentlichen Dienstleistungen. Hohe Krankenkassenprämien und in vielen Gegenden auch zu hohe Mieten drücken auf das Portemonnaie der Menschen. Die Klimaerhitzung treibt die Jungen, die um ihre Zukunft fürchten, auf die Strasse. Damit sich hier etwas ändert, braucht es neue Mehrheiten in Bern. Mehrheiten, die den Ausgleich suchen. Das neue Parlament wird die Geschicke der Schweiz in den nächsten Jahren entscheidend mitbestimmen.

Es braucht wieder konstruktive Politik

Dank dem täglichen Einsatz und dank gezielter Referendumsdrohungen der SP ist es gelungen,

den Durchmarsch von FDP und SVP zumindest etwas zu bremsen. Wenn diese beiden Parteien aber bei den Wahlen im Oktober ihre Mehrheit im Nationalrat verteidigen können, droht uns eine zweite verlorene Legislatur.

Was die Schweiz jetzt braucht, ist eine konstruktive Politik, die sich auf Zusammenarbeit und Solidarität stützt und im Interesse des Gemeinwohls handelt. Nur mit dieser Basis wird es uns gelingen, konstruktive Lösungen für die aktuellen Herausforderungen zu finden. Um unseren Zielen zum Durchbruch zu verhelfen, müssen wir deshalb die Wahlen im Herbst gewinnen, müssen die rechtsbürgerliche Mehrheit ablösen, braucht es einen Linksrutsch. Und dafür braucht es eine gestärkte SP. Dank unseren aktiven und engagierten Mitgliedern, davon bin ich überzeugt, wird uns das auch gelingen.

Weitere Artikel zu den National- und Ständeratswahlen finden Sie auf den Seiten 6 und 7.

Städtische Abstimmung vom 1. September: JA zur neuen Abstellplatzverordnung

Für ein attraktives Zentrum und weniger Stau

Diskussionen um Parkplätze sind immer emotional. Bei der neuen Abstellplatzverordnung (APV) ist das nicht anders. Doch nach langen Debatten im Gemeinderat konnte ein guter Kompromiss für Uster gefunden werden. Ein Kompromiss, passgenau für Uster, mit vielen Vorteilen für ganz Viele und in die Zukunft gedacht. Ein JA zu dieser Vorlage ist nur logisch.

Von Balthasar Thalmann, SP-Gemeinderat

Die Abstellplatzverordnung – kurz APV – ist ein sehr technisches und ebenso kompliziertes Regelwerk. Nicht umsonst benötigte die vorberatende Kommission des Gemeinderats sechs Sitzungen für die Beratung. In der APV wird geregelt, wie die minimale und maximale Anzahl Abstellplätze für Auto, Motorräder und Velos ermittelt wird. Und zwar so: Ausgehend von der Nutzungsart und der Nutzfläche wird der sogenannte Normbedarf ermittelt, einerseits der Normbedarf der Anzahl Parkplätze für die Bewohnenden bzw. Beschäftigten und andererseits für die Besuchenden und Kunden. Der Normbedarf wird dann je nach Lage (siehe Plan) mit einem Reduktionsfaktor multipliziert. Je besser die ÖV-Erschliessung, desto grösser die Reduktion. Es werden die Minimal- und die Maximalwerte bestimmt, also wieviele Parkplätze ein Bauherr mindestens erstellen muss und wieviele er maximal darf. Neu – und das ist ein ganz grosser Schritt – enthält die APV auch Bestimmungen, wann von diesem Mechanismus abgewichen werden darf. Somit kann neu viel besser auf spezielle Bedürfnisse reagiert werden.

Ein Kompromiss für die Zukunft

Die Anpassung der Parkplatzverordnung an die heutigen Verhältnisse ist dringend nötig: die heute noch geltenden Regeln stammen aus dem Jahre 1992. Also aus einer Zeit, als der öffentliche Verkehr bei weitem nicht so gut war wie heute, wo die S-Bahn erst gerade ihren Betrieb aufgenommen hatte und wo Velowege noch eine Seltenheit waren. Der ÖV wird – das nächste Mal bereits im Dezember 2019 – noch mehr ausgebaut. Uster war noch nie so gut erreichbar wie heute – von überall her im Viertelstundentakt. Ein Anpassung nach 27 Jahren ist also gerechtfertigt.

Um Parkplätze gibt es fast immer heisse Diskussionen – auch jetzt. Aber: Der Gemeinderat hat lange diskutiert und um einen Kompromiss gerungen. Was nun vorliegt, ist ein vernünftiger

Kompromiss – ein Kompromiss für die Zukunft. Vor allem die Wirtschaftsverbände waren mit der ursprünglichen Vorlage des damals noch bürgerlichen Stadtrates nicht einverstanden. Der Gemeinderat hat diese Sorgen ernst genommen und in den meisten Gebieten die Anzahl zulässiger Beschäftigtenparkplätze deutlich – um bis zu 50 Prozent – erhöht. Es wurde also eine Vorlage mit Augenmass ausgearbeitet, eine Vorlage passgenau für Uster. Das nun die Wirtschaftsverbände, denen man stark entgegengekommen ist, nicht dahinterstehen können, ist bedauerlich.

Uster steigt um – alle stehen dahinter

Von den Gegnern steht die Forderung im Raum, man solle mit der Revision warten, bis das Stadtentwicklungsprojekt «Stadttraum 2035» fertig ist. Das ist weder nötig noch wäre es klug. Mit dem mittlerweile vorliegenden «Stadtentwicklungs-konzept» wissen wir genug, wie sich die Stadt in Zukunft entwickeln soll. Dabei ist klar: Uster steigt um. Alle Beteiligten auch aus den Kreisen der Wirtschaft und der bürgerlichen Parteien stehen hinter dieser Lösung. Individuelle Mobilität gewährleisten bedeutet in einer modernen Stadt

aber eben nicht nur Autoverkehr, sondern auch Fuss- und Veloverkehr. Dem wird die APV gerecht, indem neu auch die Veloabstellplätze geregelt und mehr von ihnen verlangt werden.

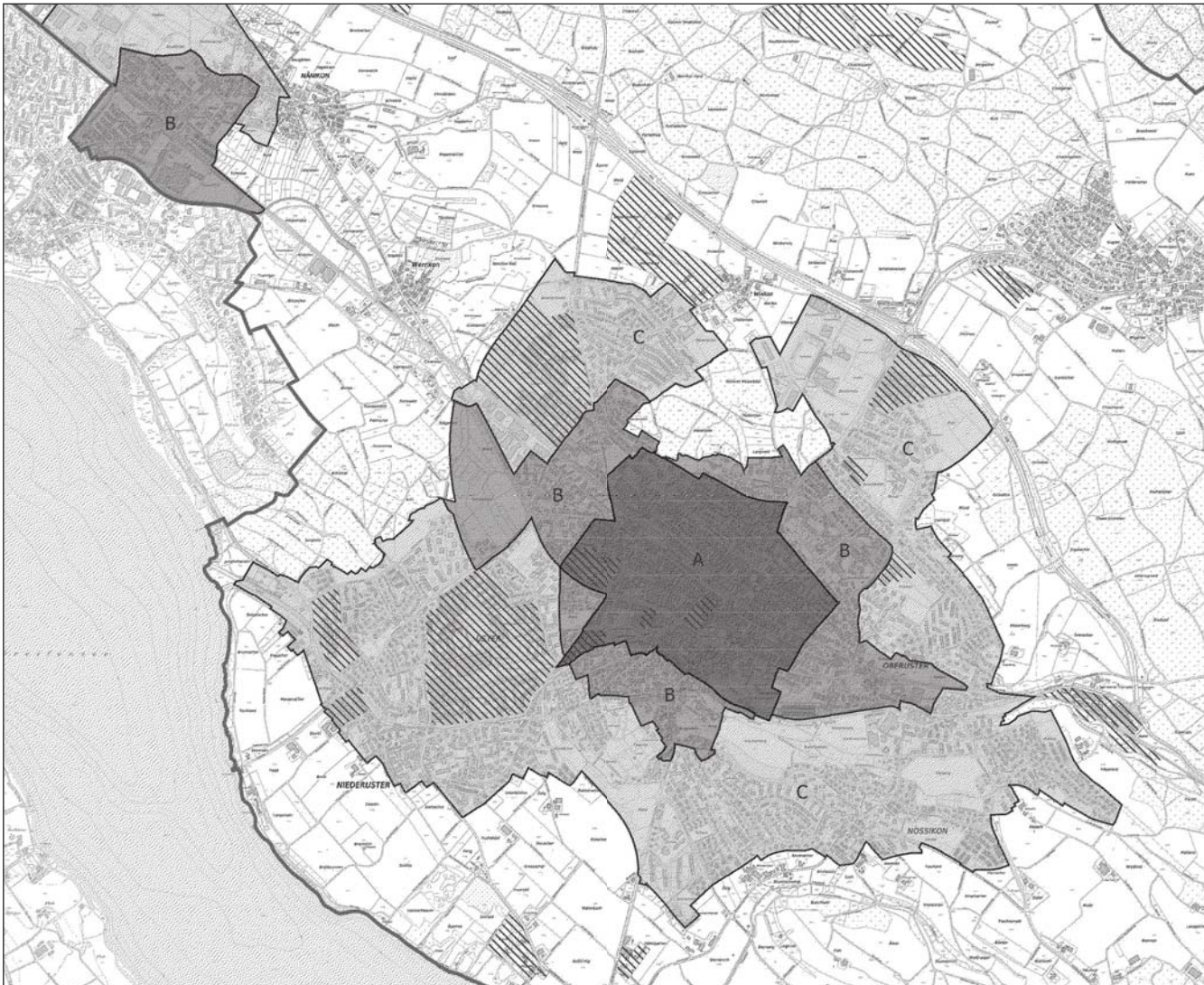
Entscheidungsspielräume für Investoren

Der eigentliche Trumpf der Vorlage ist aber: Heute müssen viele Parkplätze gebaut werden, auch wenn sie gar niemand will. Viele Investoren haben Mühe, ihre Parkplätze zu vermieten. Erst mit der neuen APV wird es möglich, dass man nur wenige oder sogar gar keine Parkplätze bauen muss. Autoarmes Wohnen, je länger je mehr ein Bedürfnis vieler Leute, wird so erst möglich gemacht. Noch nie war der Spielraum für Investoren so gross wie mit der neuen Regelung. Sie müssen keine Parkplätze auf Vorrat mehr bauen.

Die neue APV ist ebenso ein grosser Vorteil für Einfamilienhäuser-Besitzer. Anstelle von zwei oder drei Parkplätzen, wie der Antrag des Stadtrates vorsah, muss dank der Kompromisslösung nur mindestens ein Parkplatz gebaut werden. Die Eigentümer haben also mit der neuen APV viel mehr Entscheidungsfreiheiten und müssen nicht ihren Garten wegen unvernünftigen Vorschriften



Auch mit der neuen APV wird es in der Stadt Uster genügend Parkplätze geben.



Je weiter weg vom Zentrum, je weniger ÖV-Erschliessung ist, desto mehr Parkplätze sind zugelassen: In der Zone A im Zentrum sind es am wenigsten, im weissen Gebiet mit den Aussenwachen am meisten.

in Teerwüsten verwandeln. Mit dieser Regelung werden die Identitäten der Einfamilienhausquartiere bewahrt.

Genügend Parkplätze im Zentrum

Im Zentrum hat es auch in Zukunft genügend Parkplätze. Heute hat es hier bereits rund 1000 öffentlich zugängliche Parkplätze und beim Gerichtsareal kommen schon bald über 200 neue

dazu. Parkplätze sind also keine Mangelware. Und im Zentrum wird auch in Zukunft noch mehr gebaut. Wenn überall weiterhin so viele Parkplätze gebaut werden müssen wie bisher, dann werden nicht nur viele leer stehen, sondern auch die Flächen, die man für Fussgängerinnen und Fussgänger attraktiv machen möchte, werden als Zufahrten zu grossen Tiefgaragen gebraucht. Der Wunsch der Ustermer Bevölkerung nach einem

attraktiven Zentrum würde damit torpediert. Aber wenn Usters Zentrum attraktiver wird für FussgängerInnen dann bringt das auch dem Detailhandel und der Gastronomie mehr Kundschaft – Beispiele aus anderen Städten gibt es dazu genügend.

In diesem Zusammenhang ist eine Anekdote interessant: Der Gestaltungsplan Gerichtsareal war im Gemeinderat nicht unumstritten. Die linksgrüne Ratsseite stand den Bestimmungen zur Parkplatzregelung im Gestaltungsplan kritisch gegenüber. Ganz anders die bürgerliche Ratsseite; sie erachteten diese als gut und vorbildlich – wohlverstanden eine Regelung, die praktisch deckungsgleich mit der APV ist, die von SVP und FDP nun aber wieder bekämpft wird. Diese widersprüchliche Haltung kann ich bei bestem Willen nicht nachvollziehen.

Gegner operieren mit falschen Argumenten

Es ist völlig klar: Je nach politischem Standpunkt findet man Parkplätze wichtiger oder weniger wichtig. Was stört ist, dass die Gegner Unwahrheiten in den Raum stellen. Hier einige Beispiele:

- «Unternehmen müssen bestehende Parkplätze abbauen». Falsch: Auch bei Parkplätzen gilt die Bestandesgarantie. Erst wenn ein Gebäude neu oder erheblich umgebaut wird, müssen die neuen Vorschriften beachtet werden. Genauso wie bei einer Renovation eines 1960er-Jahre-Baus die Dämmvorschriften von heute auch beachtet werden müssen.

- «Parkplätze werden teurer». Falsch: Auf den Immobilienplattformen stehen regelmässig Dut-

zende von Parkplätzen zu günstigen Mietpreisen im Angebot. Dass Parkplätze in Uster Mangelware werden, davon sind wir meilenweit entfernt.

- «Läden dürfen keine Parkplätze mehr bauen». Falsch: Gerade bei den Kundenparkplätzen ändert die neue Verordnung relativ wenig.

- «Betriebe mit Lagerflächen werden gefördert». Falsch: Der Gemeinderat hat gegenüber dem stadträtlichen Antrag die Parkplatzberechnung bei Betrieben mit Lagerflächen angepasst, dies weil dem Stadtrat dort ein Rechenfehler unterlaufen ist. Dies hat der Stadtrat an der Gemeinderatssitzung auch offen und offiziell eingeräumt.

Ein logisches Ja

Die APV ist eine gute, moderne Vorlage. Sie ebnet den Weg für ein attraktives Zentrum, führt zu weniger Stau und zwingt Bauherren nicht mehr zu unnötigen Investitionen. Es ist eine Vorlage für die heutige Zeit, eine Vorlage, die auch einen Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstosses liefert. Einen Beitrag, den wir auf lokaler Ebene vor unserer Haustüre leisten können. Ein JA zu dieser ausgewogenen Vorlage ist daher nur logisch.

Eidg. Wahlen vom 20. Oktober: Ali Özcan in den Nationalrat

Gute Pflege braucht gute Rahmenbedingungen

Am 20. Oktober kandidiere ich für die SP für den Nationalrat. Die Bundespolitik hält verschiedene spannende Themen bereit. Eines treibt mich aber vor allem um: Die Frage nämlich, wie wir mit den kranken und schwachen Mitgliedern unserer Gesellschaft umgehen. Hier können und müssen wir besser werden.

Von Ali Özcan, SP-Gemeinderat, Uster

Die Beiträge für die ambulante Pflege werden gekürzt, so hat es das Eidgenössische Department des Innern, EDI, kürzlich bekannt gegeben. Die Beiträge sollen um 3,6 Prozent gesenkt werden. Ab 1. Januar 2020. Der Grund: Nach einer Überprüfung will das EDI festgestellt haben, dass die Krankenpflege zu Hause 32 Millionen Franken jährlich zu viel erhalte. Im Gegenzug zur Senkung sollen dafür nun die Heime 115 Millionen Franken mehr pro Jahr erhalten.

Diese Senkung von Beiträgen für die Spitex ist ein weiterer Erfolg der Krankenkassenlobby, die ihre Kosten in Grenzen halten und auf andere abwälzen will. Schlussendlich werden für diese Umverteilungsübung die Angestellten, Patienten und der Steuerzahler aufkommen müssen. Ebenfalls sind Kantone und Gemeinden gefordert, da die ganze Regulierung nicht einheitlich geregelt ist.

Unsinnger Sparplan

Die demographische Entwicklung in der Schweiz stellt in der Spitex-Thematik den wichtigsten und bedauerlicherweise schlecht beeinflussbaren Treiber dar. Zwischen 1990 und 2005 lag die Wachstumsrate der Bevölkerungsgruppe der über 65-Jährigen bei etwa 20 Prozent. Ab 2006 stieg diese Zahl auf über 30 Prozent. Aufgrund dieser Wandlung wird es für die Schweizer Gesundheitsbranche je länger je schwieriger, mit der wachsenden Überbelastung aller Beteiligten fertig zu werden.

Es ist beschämend, dass gerade kranke Menschen und ihre Angehörigen wie auch die Pflegenden bei diesem unsinnigen Sparplan auf der Strecke bleiben. Das Prinzip «ambulant vor stationär» wird dadurch torpediert und die bewusste Schwächung der ambulanten Pflege in Kauf genommen. Dass die Pflege im Altersheim unter Umständen exorbitante Kosten verursachen kann, ist kein Geheimnis mehr.

Erst Ende Juni hat der Preisüberwacher angeprangert, dass Finanzlücken in den Kassen von vielen Heimen mit Quersubventionierungen und will-



Kandidiert am 20. Oktober auf der SP-Liste für den Nationalrat: der Ustermer SP-Gemeinderat Ali Özcan.

kürlich festgelegten Taxen gedeckt werden. Das heisst, den Heimbewohnern werden zu hohe Rechnungen gestellt.

Der Pflegenotstand

Es ist völlig in Ordnung, wenn landauf und landab der Klimanotstand ausgerufen wird. Ich würde aber gerne auch den Pflegenotstand ausrufen lassen. Denn der am Anfang erwähnte Entscheid des EDI ist eine schallende Ohrfeige für die Pflegefachpersonen, die tagtäglich diese enorm wichtigen und benötigten Leistungen erbringen. Der Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal ist Tatsache und kann nicht nur durch die Erhöhung der Ausbildungszahlen behoben werden. Für unsere gut ausgebildeten Pflegefachkräfte müssen auch entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen und angeboten werden. Sie sollen ihren Beruf möglichst lange ausüben und nach einem allfälligen Unterbruch rasch wieder einsteigen können. Die Aussteigerquote in den Pflegeberufen ist mit knapp 50 Prozent enorm hoch. Schon zu Beginn der Ausbildung werden die

Lernenden in der Pflege oft ausgenutzt. Fehlende Ressourcen wie Zeit- und Personalmangel, aber auch ungenügende Entlohnung sind die Gründe für ein schnelles Ausscheiden aus der Pflege. Um den drohenden Pflegenotstand abzuwenden braucht es nebst berufsbildnerischen Massnahmen auch eine gerechte Entlohnung. Zudem müssen die höheren Ausbildungen attraktiver gestaltet werden, um die hohe Aussteigerquote zu verringern.

Die SP Schweiz fordert deshalb:

- Die Idee des Service public und eine menschengerechte Medizin stärken
- Dem Profitgier der kommerziellen Akteuren Gegensteuer geben

Damit wird das System zudem viel transparenter, wie das die SP Schweiz schon lange wünscht, mit einer klaren Trennung zwischen Grund- und Zusatzversicherung, einer an das Wachstum der Gesundheitskosten gekoppelten Prämienfestlegung und einem wieder in öffentlichen Händen liegenden Gesundheitsbereich.

Eidg. Wahlen vom 20. Oktober: Daniel Jositsch wieder in den Ständerat

Einsatz für Zürich und die Schweiz

Seit den Wahlen 2015 vertrete ich den Kanton Zürich im Ständerat. Bei den Wahlen am 20. Oktober bewirbe ich mich nun für eine weitere Amtsperiode. Zeit eine erste Bilanz zu ziehen und aufzuzeigen, welche Themen mir bei meiner Arbeit auch in Zukunft wichtig sein werden, zu zeigen, wofür ich mich einsetzen will.

Von Daniel Jositsch, SP-Ständerat, Stäfa

Wirtschaftspolitik ist in einem umfassenden Sinn zu verstehen und muss die Interessen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite in Einklang bringen. Als Präsident des Kaufmännischen Verbands Schweiz kenne ich sowohl die Arbeitgeber- als auch die Arbeitnehmerseite. Angesichts der aktuellen Herausforderungen wie die Digitalisierung stehen Angestellte in allen Branchen unter Druck. Erste Priorität haben für mich die Erhaltung der bestehenden Arbeitsplätze und die Schaffung neuer. In diesem Zusammenhang ist die Digitalisierung, die auch neue Berufsfelder öffnet, eine grosse Chance. Die Arbeitssituation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Alter über 50 Jahren und von Teilzeitarbeitenden ist besonders schwierig. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel ist es mein Ziel, dass günstigere Bedingungen für diese Gruppen geschaffen werden.

Umwelt- und Tierschutz stärken

Zu einer gesunden Wirtschaft gehört für mich eine konstruktive Umweltpolitik. Ich bin der festen Überzeugung, dass Umweltpolitik in die Wirtschafts- und Sozialpolitik eingebettet werden muss. Die entsprechenden Anliegen stehen sich nicht entgegen, sondern ergänzen sich. Das wirtschaftliche Wachstum muss mit den Anliegen der Umwelt ebenso im Einklang stehen wie mit den sozialen Anliegen. Als Mitglied des Vorstands der Stiftung für das Tier im Recht setze ich mich zudem für Tierschutzanliegen ein. Ich engagiere mich für die Wiederansiedelung des Wolfs und ich habe erfolgreich einen Vorstoss zur besseren Kontrolle der Wildfänge zum Schutz der Korallenriffe eingereicht.

Qualitativ hochstehende Bildungspolitik

Als ehemaliger Schulpflegepräsident, als Universitätsprofessor und als Präsident des Kaufmännischen Verbands (Mitträger der KV-Schulen) engagiere ich mich auf allen Stufen der Bildungspolitik. Bildung begleitet die Menschen über die gesamte berufliche Laufbahn hinweg. Sie muss daher im Rahmen der beruflichen Weiterbildung die Grundausbildung weiterführen. Ziel der Universitäten und der ETH muss neben



Hat vier Jahre lang erfolgreich in der kleinen Kammer gearbeitet: Nun bewirbt sich Ständerat Daniel Jositsch für eine zweite Amtszeit.

einer ausgezeichneten akademischen Lehre auch exzellente Forschung sein, die mit der internationalen Konkurrenz mithalten kann.

Sicherheit und Rechtsstaat

Als Professor für Strafrecht befasse ich mich mit Fragen der Sicherheit. Opfer müssen vor Übergriffen geschützt werden. Täter müssen konsequent bestraft werden. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass die verdeckte Fahndung in Chatrooms zur Ergreifung von Pädophilen wieder möglich wird. Ausserdem war ich Mitinitiant der Raserinitiative, die griffige Strafen gegen Raser erreichte. Zudem habe ich mich für eine harte Gangart gegenüber Hooligans und sonstige Gewaltexzesse ausgesprochen. Im Ständerat habe ich erfolgreich einen Vorstoss eingereicht, der höhere Mindeststrafen bei sexuellen Übergriffen

gegenüber Kindern fordert. Wichtig ist mir auch der Schutz von Minderheiten. Ich habe einen Vorstoss zum Schutz religiöser Gemeinschaften vor Gewalt eingereicht, der ermöglicht hat, dass Bund, Kantone und Gemeinden zusammen mit den betroffenen Religionsgemeinschaften gemeinsame Massnahmen beschlossen und umgesetzt haben.

Bilateralen Weg erhalten

Die Wirtschaft ist stark auf den Aussenwirtschaftsbereich ausgerichtet. Deshalb setze ich mich für die Erhaltung des bilateralen Weges mit der EU ein. Wir müssen im Auge behalten, dass der bilaterale Weg auch Schwierigkeiten bereitet. Die Herausforderung besteht darin, die Probleme des bilateralen Wegs zu lösen, ohne diesen in Frage zu stellen.

Kantonale Abstimmung vom 1. September: NEIN zur Änderung des Steuergesetzes

Eine Schrotflinte statt das versprochene Skalpell

Im Mai haben die Stimmberechtigten der STAF-Vorlage auf Bundesebene zugestimmt, mit der die bisherigen Steuerstatus für Unternehmen abgeschafft werden. Darauf aufbauend braucht es jetzt eine kantonale Umsetzung. Allerdings hat der Kanton Zürich nichts aus der Abstimmungsniederlage bei der USR III gelernt und präsentiert eine Vorlage, die hohe Steuerausfälle verursacht und ohne jegliche soziale Ausgleichskomponente auskommt. So geht es nicht.

Von Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat, Uster

1997 führte die Schweiz für gewisse Unternehmen spezielle Steuerstatus ein und heizte so den europäischen Steuerwettbewerb an. Auf Druck der internationalen Gemeinschaft müssen diese nun verschwinden. Doch ein erster Anlauf zur Abschaffung scheiterte: Die Unternehmenssteuerreform III wurde, weil sie viel zu weit ging, 2017 an der Urne wuchtig verworfen. In Bern ging man deshalb nochmals über die Bücher, speckte die Vorlage ab und verknüpfte sie mit einer Finanzspritze für die AHV. Und diese neue Vorlage, STAF genannt, fand am 19. Juni eine Mehrheit an der Urne. Dass darauf aufbauend nun auch eine kantonale Umsetzung erfolgen muss, ist unbestritten. Aber leider haben Kantons- und Regierungsrat aus zahlreichen Abstimmungsniederlagen nicht die richtigen Lehren gezogen und legen eine Steuergesetz-Änderung vor, die vor allem an zwei Dingen krankt.

Überall aufs Maximum

Mit der STAF-Vorlage wird den Kantonen ein «Werkzeugkasten» mit verschiedenen Steuerinstrumenten zur Verfügung gestellt. Die Idee dahinter: Jeder Kanton nimmt jene Instrumente daraus, die je nach Art von Unternehmensstruktur am besten für ihn sind. Das tönt eigentlich gut, tönt etwas nach einem Skalpell. Doch was macht der Kanton Zürich? Er führt alle Instrumente ein und geht bei allen auf die maximal mögliche Entlastung, die der Bund zulässt. Von Skalpell



Die kantonale Umsetzung der Steuerreform 17 führt zu hohen Steuerausfällen und kennt keine soziale Ausgleichsmassnahmen. Darum: Zurück an den Absender.

keine Spur mehr, diese Umsetzung hat eher etwas von einer Schrotflinte. Die Folge: Fast eine halbe Milliarde Steuerausfall für Kanton und Gemeinden pro Jahr.

Von den Befürwortern wird nun ins Feld geführt, dass der Finanzvorstand von Zürich, Daniel Leupi (Grüne), der die USR III vehement bekämpft hat, jetzt die neue Vorlage unterstützt. In der Tat: Daniel Leupi, oder auch Yvonne Beutler (SP) für Winterthur, haben mit dem Kanton gut verhandelt und die Steuerausfälle für die Gemeinden gegenüber der USR III deutlich verringern können. Nur: Das passiert dadurch, indem die Gelder, die der Kanton dank STAF vom Bund erhält, einfach fast 1:1 an die Gemeinden weiterfliessen. Für die Gemeinden gut, für den Kanton weniger, denn nun wird einfach das Loch in seiner Kasse grösser. Aber für den Bürger, die Bürgerin ist es am Ende

egal, ob das Loch im linken oder rechten Hosensack grösser ist.

Fehlender sozialer Ausgleich

Und ein zweiter Mangel: Anders als die STAF-Vorlage kennt die Zürcher Vorlage keinerlei soziale Ausgleichsmechanismen. Es ist eine kalte, nackte Steuersenkung. Dabei zeigt USR III und auch viele Abstimmungen in anderen Kantonen, dass Steuersenkungen für Unternehmen heute nur dann eine Chance haben, wenn sie mit sozialen Massnahmen gekoppelt werden. Auch Kantone mit satten bürgerlichen Mehrheiten haben darauf reagiert und sehen darum in ihren kantonalen Vorlagen solche Massnahmen vor. Nicht so der Kanton Zürich: Hier wurde im Kantonsrat der SP-Antrag, die Familienzulagen um sehr bescheidene 50 Franken pro Kind und Monat zu erhöhen, abgelehnt. Man will mit dem Kopf durch die Wand.

Nein – und dann eine neue Lösung

Wie gesagt: Eine kantonale Umsetzung von STAF braucht es. Aber nicht diese. Deshalb ein NEIN zu dieser Vorlage. Und dann? Dann wäre man am gleichen Ort wie in Bundesbern nach dem Nein zur USR III. Man sitzt wieder zusammen, nimmt gewisse Massnahmen zurück, baut eine soziale Komponente ein und hat dann eine mehrheitsfähige Vorlage. Was in Bundesbern funktioniert hat, wird auch in Zürich funktionieren.

Abstimmungsparolen für den 1. September 2019

KANTONALE ABSTIMMUNG

NEIN zur Änderung des Steuergesetzes

(siehe Artikel oben)

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG

JA zur Abstellplatz-Verordnung (APV)

(siehe Artikel Seite 4)